

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 44.

Charlottenburg, Freitag, den 1. November 1918.

Jahrg. 45.

Aus der Geschichte des Verbandes der keramischen Gewerbe Deutschlands.

(Nachdruck verboten.)

Die deutsche Porzellanindustrie ist durch den Weltkrieg ganz besonders schwer betroffen worden, weil sie auf dem Weltmarkte sich eine dominierende Stellung errungen hat und ihre Hauptabsatzgebiete zum großen Teil in feindlichen Ländern liegen, wie z. B. gerade auch England der beste Abnehmer für deutsches Porzellan gewesen ist. So wurden noch 1913 an Porzellan und Porzellanwaren aller Art ausgeführt 661 607 Doppelzentner im Werte von 67 117 000 Mk. und im ersten Halbjahr des Jahres 1914 noch 335 363 Doppelzentner im Werte von 27 262 000 Mk. kaum ein anderer Zweig der Industrie hat in den letzten 50 Jahren sich so ausgebreitet und seine Erzeugnisse so zu Ehren gebracht, wie die Fabrikation des Porzellans. Man denke, daß im Jahre 1700 in Europa die Herstellung des Porzellans überhaupt noch nicht erfunden war, und 200 Jahre später allein im Gebiete des Deutschen Reiches 1503 Betriebe für Porzellanfabrikation und Veredelung mit zusammen 75 914 Personen bestehen. Freilich ist die Zahl der eigentlichen Fabriken, als die man alle Betriebe mit 6 und mehr Personen ansehen darf, kleiner. Sie beläuft sich auf 268 mit zusammen 34 227 Erwerbztätigen. Es ist indes nicht so sehr diese Zahl, die imponiert, als der Umstand, daß das Porzellangeschirr in weiten Kreisen der Bevölkerung Eingang gefunden hat. Zu Anfang des 18. Jahrhunderts hatte es in Verbindung mit dem zunehmenden Kaffeegenuß sich zuerst eingeführt. Das im Jahre 1715 herausgekommene Frauenzimmerlexikon von Amaranthes erwähnt schon Kaffe-Schälgen, Chocolaten-Röpfgen, Würz-Löpfe, Affietten aus Porcellaine, sowie „andere Porcellaine, Galanterien und Gefäße“. Doch blieb es damals gewiß auf die engeren Kreise vornehmerer und reicher Damen beschränkt. Wenn auch, wie Springer betont, durch das Porzellan das Ideal einer häuslichen Kunst erreicht wurde, die Teeschale, der Eßteller, Gefäße zur Aufnahme heißer Getränke und Speisen die ältesten und natürlichsten Gegenstände der Porzellanmanufaktur wurden — es dauerte doch recht lange, bis die Neuerung allgemeiner sich einbürgerte. In den Erinnerungen aus seinem Leben erzählt der berühmte Naturforscher Karl Vogt, dessen Vater Professor an der Universität Gießen war, daß in seinem Elternhause erst in Bern, wohin man zu Ostern 1835 übersiedelte, Porzellan auf dem Tische erschien. Bis dahin hatte man sich mit Zinngeschirr beholfen. Und Dr. Laurenz Sonderegger, der angefehene schweizerische Arzt, der im Jahre 1845 die Hochschule in Zürich bezog, fand, daß in dem wohlhabenden, einfach bürgerlichen und soliden Hause beim Schwertfeger Locher, wo auch andere Studenten wohnten, noch von Zinn serviert wurde. Es ist als Zeichen größter Vollkommenheit anzusehen, wenn die Zeitung „Für die elegante Welt“ von 1805 die Beschreibung einer Pariser Mittagsgesellschaft damit beginnt: „Auf der Mitte des Tisches steht die Suppe in einer eleganten Porzellan-Terrine“, und weiterhin von einem „Tischauflage aus weißem Biskuit-Porzellan“ spricht. In Deutschland war man zu dieser Zeit noch nicht so weit. Dort herrschten noch, selbst in den besseren Familien, die Erzeugnisse des Zinngießers und Töpfers. Im Jahre 1836 wurden in Preußen noch 940 Zinngießermeister, d. h. 570 auf 10 000 Einwohner, nachgezählt. Und heute? Heute ist das ehrbare Handwerk der Zinngießer fast ausgestorben, und wo es sich noch erhalten hat, verlegt es sich auf die Anfertigung von Spezialitäten

oder Kunstgegenständen, umfaßt nicht wie früher, die Herstellung allen im bürgerlichen Haushalte gebräuchlichen Tischgeräts. Schon 1849 wurden in Preußen nur noch 175 Zinngießermeister gezählt, d. h. 0,71 auf 10 000 Einwohner, und 1895 weist die Gewerbestatistik 211 Hauptbetriebe der Zinngießerei nach, d. h. auf 10 000 Einwohner 0,06. Die Töpferei aber klagt gerade über die Konkurrenz, die Porzellan und Steingut ihren Artikeln machen. Nicht nur, daß das Kunsthandwerk in der Töpferei lahmgelegt ist, so wird die Erdware auch als Gebrauchsgeschirr verdrängt. Die Härte der Glasur, die Feinheit und das schöne Aussehen der Porzellan- und Fayencefachen haben ihnen überall den Vortritt verschafft. Tönerne Kaffee-, Tee- oder Milchkrüge gebrauchen besser situierte Familien höchstens noch in der Küche. Tonteller aber kennt man selbst in der ärmeren Bevölkerung nicht mehr. Die große Billigkeit der Porzellanausschukware, die durch die Hausierer vertrieben wird, hat auch dem ärmeren Haushalte ihre Anschaffung ermöglicht. Dieser Fortschritt gehört den letzten 5 Jahrzehnten an. Lange Zeit haben die aufkommenden Porzellanfabriken gebraucht, um ihre Widersacher aus dem Sattel zu heben und denjenigen Absatz zu finden, der ihnen nach den Vorzügen ihrer Fabrikate zulam, und den sie haben mußten, um überhaupt bestehen zu können. An unternehmungslustigen Männern freilich, die den Kampf aufnahmen und Porzellan herstellen wollten, fehlte es nicht. Nachdem im Jahre 1710 auf der Abrechtsburg in Meissen die erste deutsche Porzellanmanufaktur eingerichtet war und bald zu vielbeneidetem Weltrauf gedieh, wurden 1718 in Wien, 1746 in Höchst, 1749 in Fürstenberg, 1751 in Straßburg und Berlin, 1754 zu Neudorf in der Au (seit 1758 nach Nymphenburg verlegt), 1755 in Frankenthal, 1758 in Ludwigsburg und Fulda, 1760 in Jeber, 1761 in Berlin die Goklowkschische Fabrik, die zwei Jahre später von Friedrich dem Großen gekauft wurde, 1767 zu Brudberg bei Ansbach Fabriken für die Herstellung von hartem, echtem Porzellan errichtet. Auch in Halle soll etwa um 1735 eine Porzellanfabrik begründet worden sein, die aber 1755 schon wieder aufgehört hatte.

Die Fabrikation des weichen Porzellans war schon vorher in England, Frankreich und Italien aufgetreten. Das Etablissement zu Saint-Cloud erzeugte schon 1695 ein weiches Porzellan, das indes ziemlich roh, schwer und von gelblicher Farbe war. Etablissements, die das gleiche Genre pflegten, entstanden in der Folge zu Lille 1711, zu Chantilly 1725, zu Mennecy-Villeroy 1735, zu Vincennes 1740. Das letztere wurde 1756 nach Sevres verlegt, 1760 von Ludwig XV. gekauft, fuhr aber noch in der alten Arbeitsweise fort, und erst, nachdem die Mächtigkeit der Porzellanlager zu St. Frieux außer Zweifel gestellt war, nahm sie 1769 die Fabrikation des harten Porzellans auf.

Im ganzen sollen in Frankreich nach Demmin von 1673 bis 1768 5 Fabriken, von 1708 bis 1792 46 Fabriken ins Leben gerufen sein, die weiches und hartes Porzellan (a pate tendre et dure) erzeugten. Mögen die Zahlen ungenaue sein, erweitert oder verringert werden müssen, sie legen jedenfalls Zeugnis ab von dem Aufschwung, der an die Böttgerische Erfindung anknüpft. Von ihm blieben die thüringischen Staaten nicht unberührt. Waren einige der landesherrlichen Porzellanfabriken auf finanzpolitische Erwägungen zurückzuführen, indem man nach den Grundfäden des Merkantilismus Exportindustrien begründen wollte, die von auswärtigen Absatzgebieten Geld ins Land brächten, so mochten ähnliche Erwägungen auch auf dem Thüringer Walde Platz gegriffen haben. Hier schien um so mehr Veranlassung zur Einführung

einer neuen Industrie gegeben, als die Bevölkerung der Waldorte in notorisch dürftigen Verhältnissen lebte und eines der Erfordernisse, nämlich das Brennmaterial, in verschwenderischer Fülle vorhanden war. Eine große Industrie, die auf den natürlichen Reichtümern des Landes beruhte, sofern es gelang, auch die einheimischen Ton- und Erdenarten zu verwenden, mußte doppelt willkommen sein. Dabei ist aber charakteristisch, wie Professor Nieda in seinen Beiträgen zur Wirtschaftsgegeschichte Thüringens ausführt, daß in Thüringen das Porzellan zum zweiten Male erfunden worden ist. Nachweislich unberührt von Vöttgers Entdeckung haben zwei Männer ziemlich gleichzeitig mit dem Problem sich befaßt und es der Lösung entgegengeführt: Georg Heinrich Macheleid zu Sighendorf in Schwarzburg-Rudolstadt und Gotthelf Greiner zu Limbach in Meiningen. Ihren Bemühungen ist es zu danken, wenn seit 1760 bis zum Ausgange des 18. Jahrhunderts nicht weniger als 12 Fabriken für Hartporzellan entstanden. Es waren in historischer Reihenfolge die Etablissements zu Sighendorf-Volkstedt 1760, Gera 1762, Mellendorf 1764, Kloster Weilsdorf 1765, Gotha 1767, Limbach 1772, Jmenau 1777, Großbreitenbach 1779, Rauenstein 1789, Blankenhain 1790, Eisenberg 1795, Bößned 1799.

Seitdem hat dieser Fabrikationszweig einen solchen Aufschwung erfahren, daß zurzeit nicht weniger als 112 Fabriken in den thüringischen Staaten bestehen, darunter einige, die Hunderte von Arbeitern beschäftigen. Ein erheblicher Teil derselben verbannt erst der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts ihre Entstehung. Und geraume Zeit hindurch sah man — wenigstens in den Kreisen der Interessenten — nicht jede neue Fabrik mit wohlwollenden Augen an. Als im Jahre 1800 Tobias Albert aus Gera um die Konzession zur Anlegung einer Porzellanfabrik in Bößned nachsuchte, erhob die Witwe Hammann in Wallendorf Einspruch. Damals gab es noch kein Duzend solcher Etablissements im Gebiete des Thüringer Waldes. Einige dreißig Jahre später bestanden ihrer auch nicht mehr als 13; aber sechs mittlerweile in Bayern hinzugekommene Fabriken vermehrten den Wettbewerb. Und so wird es erklärlich, daß Ludwig Greiner in Lauscha und Menger & Co. in Köpelsdorf, die im Jahre 1833 neue Fabriken anlegen wollten, auf Widerspruch stießen. Die sechs meiningischen Konkurrenzanstalten in Bößned, Wallendorf, Limbach, Rauenstein, Kloster Weilsdorf und Hüttensteinach sahen in der Zulassung der beiden projektierten Fabriken eine Schmälerung der ihnen zugesicherten Privilegien. Sie behaupteten, daß das einst blühende und einträgliche Geschäft tief gesunken wäre. Früher hätten nahe und ferne Länder zum Vertrieb der Artikel offen gestanden. Aus den entlegensten Gegenden seien ungesuchte Bestellungen eingetroffen, und die Abnehmer hätten die Ware vorausbezahlt, nur um sicher zu sein, daß sie überhaupt etwas bekämen. Das hätte sich infolge der Ausdehnung des Wettbewerbs erheblich geändert, und neue derartige Fabriken wären somit nicht am Platze.

Indes, wenn damals die Furcht die Gemüter beherrschte, daß eine Ueberproduktion eintreten könnte, durch die alle Fabrikanten leiden würden, die Entwicklung hat gezeigt, daß man sich unnötig Sorgen hingab; denn in dem Maße, als die einheimische Produktion stieg, nahm die Aufnahmefähigkeit des ausländischen Marktes zu. Es ist offenbar von jeher charakteristisch für die Thüringer Porzellanindustrie gewesen, daß nur der kleinere Teil in Deutschland selbst blieb; der größere wanderte ins Ausland. Damit hängt es wohl zusammen, nicht so sehr mit der Zerbrechlichkeit der Gegenstände, daß die Erzeugnisse der älteren Periode so selten geworden sind. Was aber früher die Fabriken über Wasser hielt, erwährt sich heute mehr als je, nämlich Export ins Ausland. Die gesamte deutsche Porzellanproduktion, abgesehen von Porzellanknöpfen und -blumen, wird gegenwärtig auf ca. 51 257 137 Mt. im Jahre dem Werte nach geschätzt, wovon für nicht weniger als 3 634 000 Mt. exportiert wird. Die Industrie hat gelernt, für ihren nicht im Inlande verwertbaren Ueberschuß außerhalb Absatzwege sich zu erschließen. Gewiß war es im Interesse aller Bewohner des Thüringer Waldes, daß die Regierungen in die ängstliche Auffassung nicht eintraten und mit neuen Konzessionen nicht sorgten. Sicherlich weder die Bevölkerung sich vermehren, noch ihr Wohlstand zunehmen können, ohne die Porzellanindustrie, und es hätte ein anderes Gewerbe an ihre Stelle treten müssen, um die gleiche wirtschaftlichen Resultate zu zeitigen, wie man sie heute beobachten kann. Damit soll keineswegs geleugnet werden, daß nicht vielleicht doch die Lage vorübergehend eine recht ernsthafte war, wie sie es in diesem Augenblick ist, und eine pessimistische Auffassung rechtfertigt. Es ist sehr bezeichnend, daß im Jahre 1814, ein frühes Beispiel für die Kartellierungsneigung der Großindustrie, unter einer größeren Zahl thüringischer Fabriken eine Vereinbarung geschlossen wurde, um die verhängnisvollen Wirkungen der freien Konkurrenz abzuwehren. Limbach, Jmenau, Gotha, Bößned, Blankenhain und zwei unbe-

kannte Fabriken — der Vertrag ist von den Fabriken ohne Hinzufügung des Ortes unterzeichnet worden — vermutlich waren es Großbreitenbach und Kloster Weilsdorf; wo ja ebenfalls Greiners Fabrik, schlossen am 25. Mai 1814 einen Vertrag, zunächst auf ein Jahr, von Michaelis an gerechnet, ab. In ihm verabredeten sie die gleichen Preise für ihre Fabrikate zu halten, die Erzeugnisse mit einem Stempel schon in der Masse zu zeichnen und die Arbeitszeugnisse für die entlassenen Arbeiter in einheitlicher Form auszustellen. Wir wissen nicht, ob dieser Vertrag wirklich ins Leben trat oder wie lange er in Kraft blieb. Vielleicht blieb die an diejenigen Fabrikbesitzer, die sich noch nicht zu der Konvention verstanden hatten, gerichtete Aufforderung, sich anzuschließen, ohne Wirkung. Genuß, die Abmachung legt Zeugnis ab, daß man auf dem Waldbaukaufmännisch und industriell genügend geschult war, um den Schaden zu beurteilen, der aus einer zügellosen Konkurrenz für alle hervorzunehmen konnte. Und es mutet freundlich an, zu hören, daß die für Uebertretungen des Vertrags vorgesehene Konventionalstrafe von 150 Gulden der Armenkasse der Gerichtsbezirke, in denen die Fabriken lagen, zu gute kommen sollte. Der gleiche Gedanke, der damals zum engeren Aneinander-schluß riet, hat in der Gegenwart zur Begründung des Verbandes der keramischen Gewerbe geführt, der heute nicht nur thüringische, sondern alle deutschen Fabriken umfaßt.

B a d e r m a n n.

Gegen die Geldhamsterer!

In den letzten Wochen hat sich die aus der Anfangszeit dieses Krieges bekannte Erscheinung wiederholt, daß das Bargeld aus der Öffentlichkeit verschwindet. Handelte es sich damals um das Metallgeld, so kommt diesmal das an dessen Stelle herausgegebene Papiergeld in Betracht. Die vom Reich herausgegebenen Banknoten und Darlehenskassenscheine sollen der Zirkulation, dem Bedarf an Zahlungsmitteln dienen. Dieser Bedarf wird gegenwärtig auf 10 bis 11 Milliarden Mark geschätzt. Welche Mehrforderungen an den Geldumlauf gestellt werden, geht daraus hervor, daß in der Woche vom 24. bis 30. September 1918 der Banknotenumlauf der Reichsbank einen Mehrbedarf von rund 965 Millionen Mark erforderte. Für die entsprechenden Wochen von 1917 und 1916 werden die Zahlen auf 601,3 und 509,9 Millionen Mark angegeben. Bei der Ausgabe dieses Papiergeldes muß damit gerechnet werden, daß dasselbe wieder in den Umlauf gelangt, also seiner eigentlichen Bestimmung, als Zahlungsmittel zu dienen, nicht entzogen wird. Mag der Arbeiter seinen Lohn in Nahrungsmitteln, Kleidung, Mietzins und Steuern, der Gewerbetreibende seine Einkünfte in Rohstoffe, Löhne und Lebensbedürfnisse, der Händler seine Einnahmen in Waren, Transportspesen und Lebensaufwand, der Hausbesitzer seinen Zinserslös in Hypothekenzinsen, Reparaturzahlungen und Haushaltskosten umsetzen, und mögen alle diese Kreise etwas davon ersparen und auf Bankkonta oder in der Sparkasse anlegen, so kehrt ihr Geld auf allen diesen Wegen in den allgemeinen Umlauf zurück. Denn auch die Banken und Sparkassen häufen das Papiergeld nicht auf, sondern führen es auf diese oder jene Art dem allgemeinen Verkehr wieder zu. Bei normalem Geldumlauf müssen die für Auszahlungen benötigten Barmittel ungefähr den Eingängen entsprechen, und es kann sich höchstens um den Ersatz verlorengegangener Zahlungsmittel sowie um die Schaffung eines Ausgleichs für gesteigerte Produktion oder Warenzirkulation handeln.

Seit 2 bis 3 Wochen ist aber wieder ein Zustand eingetreten, wonach der Eingang von Zahlungsmitteln in bedenklich wachsendem Maße hinter dem Zahlungsbedarf zurückbleibt. Diese Erscheinung, die sich besonders auf die Industriebezirke erstreckt, kann durch erhöhte Lohnzahlung, Teuerung u. dgl. allein nicht mehr erklärt werden, denn das Konto läßt alle diese Voraussetzungen weit hinter sich. Sie ist nur zu erklären durch die Annahme, daß ein Teil des Publikums — Arbeiter, Gewerbetreibende, Händler — ihr Geld möglichst vom Verkehr zurückhalten, es aufspeichern, also Geld hamstern. Die Gründe für ein solches Verhalten mögen verschiedener Natur sein: der eine mag diese Bank, der andere jene Sparkasse nicht mehr für sicher genug halten, ein dritter mag an Invasionsgefahr glauben und ein vierter gar schon das ganze Deutsche Reich zugrunde gerichtet sehen, weshalb sie es vorziehen, ihr Geld selbst zu verwahren, um nötigenfalls die erforderlichen Zahlungsmittel in der Hand zu haben. Sie alle verkennen aber den wahren Wert und die Aufgabe des Geldes, vor allem das Papiergeldes. Würden die Zustände wirklich eintreten, welche diese Menschen befürchten, würden Bank, Sparkasse, Gemeinde, Staat und Reich zahlungsunfähig werden, so hat das in ihrer Hand befindliche Papiergeld nicht mehr Wert als der Bankausweis oder das Sparbuch. Auch der größte Schatz an Papiergeld gibt ihnen dann nicht den notwendigen Lebensunterhalt. Eine Illu-

siration dazu gewähren die Zustände in Petersburg und Moskau, wo das Pfund Brot mit Hunderten von Rubelscheinen aufgewogen wird. Das Papiergeld wird entwertet, wenn die Nation nicht mit ihrer ganzen Wirtschaftskraft dahintersteht.

Aber die Geldhamsteri entwertet schon heute das Papiergeld, denn sie zwingt unmittelbar zur Ausgabe neuer Milliarden von Banknoten, ohne daß das Nationalvermögen dadurch eine Steigerung erfährt. Eine größere Menge von Geld, auf die gleiche Warenmenge bezogen, drückt den Wert des Geldes herab. Das Geld, das sich dem Verkehr entzieht, schädigt sich selbst. Und dabei bleibt es nicht; denn die allgemeine Geldentwertung führt zu weiteren Preissteigerungen auf allen Gebieten und ruft neuen Geldmangel, neue Geldvermehrung hervor. Die Schraube ohne Ende würde das ganze Volk auspressen, wenn die Notenpresse überhaupt imstande wäre, diesen Anforderungen zu genügen. Das ist sie aber schon bisher nur mit den größten Anstrengungen gewesen, und sie versagt schon jetzt gegenüber den ins Riesenhafte geschwellten Anforderungen. Dies führt aber zu einer anderen Gefahr, an die die Geldhamsterer wohl nicht gedacht haben mögen. Die Unmöglichkeit, dem wachsenden Geldbedarf zu genügen, veranlaßt Zahlungstodungen, die sich unmittelbar in Wirtschaftstodungen umsetzen. Die Arbeiterbelegschaften, die am Zahltag ihren Lohn nicht erhalten können, kommen nicht wieder zur Arbeit; der Kaufmann, der keine Zahlung erhält, liefert nicht mehr; der Kleinhändler erhält keinen Kredit mehr und bricht zusammen. Die Lebensmittelversorgung stockt, die Produktion wird stillgelegt, die Verdienstmöglichkeit sinkt, die Löhne sinken, während die Nahrungsmittelpreise rapid steigen. Darunter leidet das gesamte Wirtschaftsleben, in erster Linie diejenigen selbst, die durch ihre Hamsterei den Anstoß zu dieser rückläufigen Bewegung gaben.

Jeder Reichsangehörige weiß es längst im fünften Kriegsjahr, daß man sein Geld nicht daheim aufspeichern darf, sondern es den öffentlichen Kassen zuführen soll. Wenn eine private Bank nicht ausreichend sicher erscheint, der trage sein Geld zu einer der zahlreichen Reichsbankstellen oder Sparkassen. Für erstere gewährt die Reichsbank, für letztere die Gemeinden, Kreise, Provinzen oder Bundesstaaten jede Sicherheit, die unter solchen Verhältnissen überhaupt denkbar ist. Nur kleinlicher Eigenwitz kann das Geld zurückhalten, den Blutstrom unseres Wirtschaftslebens unterbinden und die Schwierigkeiten, die das deutsche Volk in diesen Tagen zu überwinden hat, in verhängnisvoller Weise verschärfen.

An die deutsche Arbeiterchaft richtet wir die dringende Aufforderung, sich eines solchen selbstschädigenden Verhaltens nicht schuldig zu machen. Jeder kläre seine Mitarbeiter auf, zu welchen Folgen es führen muß, wenn die Geldhamsteri sich fortsetzt. Unsere Lage ist schon durch die Nahrungsmittelhamsterer genugsam verschlimmert worden. Die Geldhamsterer dürften sich rühmen, den Sieg der Feinde, die auf den Zusammenbruch des deutschen Volkes rechnen, zu vervollständigen.

Aus unserm Berufe.

Keine Stilllegung von Porzellanfabriken in Thüringen? Wie das „Berl. Tageblatt“ mitteilt, ist die den Thüringer Porzellanfabriken drohende Stilllegung der Betriebe abgewendet worden, indem der Reichskohlenkommissar den noch arbeitenden Fabriken 80 Prozent der bisherigen Kohlenzuteilung zugestand. Außerdem sollen die meisten Fabriken einen Teil ihrer Ofen für Holzfeuerung umbauen. Aus den Kreisen unserer Mitglieder sind uns irgendwelche Mitteilungen hierüber nicht zugegangen, so daß wir nicht in der Lage sind, diese letztere Annahme auf ihre Richtigkeit hin nachzuprüfen.

Zur Kohlenperre. Dem Reichstagsabgeordneten Arthur Hofmann, Rudolstadt, ist auf seine Eingabe an den Reichskohlenkommissar folgende Antwort zugegangen: Ich habe Maßnahmen getroffen, daß die Steinkohlenlieferungen für die sächsisch-thüringische Porzellanindustrie, wenn auch in beschränktem Umfange, wieder aufgenommen werden.

Vermischtes.

Verförsung der entlassenen Soldaten mit Kleidungsstücken. Unter den der Regierung als Material überwiesenen sozialdemokratischen Anträgen befindet sich auch der Antrag, jedem aus dem Heere zur Entlassung kommenden Angehörigen des Mannschafstandes, im Falle der Bedürftigkeit, eine brauchbare Uniform und ein Paar gute Schuhe zu überlassen. Daß diesem Antrag Folge gegeben wird, ist von großer Wichtigkeit, denn die seit Beginn des Krieges eingezogenen Mannschaften besitzen in vielen Fällen brauchbare Zivilkleidung und Schuhe überhaupt nicht mehr und käuflich

sind diese Sachen nur noch schwer zu erhalten und dann zu Preisen, die für die meisten Entlassenen einfach unerschwinglich sind. Daraus allein schon ergibt sich die große Bedeutung des sozialdemokratischen Antrages. Den Angehörigen des Jahrgangs 1869 hat man nun bei der Entlassung Schuhe und Uniformen nur leihweise auf 6 bis 8 Wochen belassen und überdies fordert man die Bezahlung einer Leihgebühr von monatlich 4,70 Mk. für ein Paar Stiefel, 5,40 Mark für eine Tuchhose, 6 Mk. für eine Bluse, 1,10 Mk. für ein Hemd, 1,25 Mk. für eine Unterhose und 50 Pf. für eine Mütze, in Summa also monatlich 18,95 Mk. Wenn nun ein Mann nicht gleich Arbeit findet oder wenn er nicht gleich arbeiten kann, so daß er außerstande ist, diese Leihgebühr zu zahlen, sollen ihm dann die Bekleidungsstücke zwangsweise abgenommen werden? Welch eine Unsumme von Scherereien müßte sich daraus wieder ergeben! Es ist wirklich nicht mehr als recht und billig, daß man jeden zur Entlassung kommenden Mann, so wie es der vom Reichstag gebilligte sozialdemokratische Antrag will, ausreichend mit Bekleidungsstücken versieht. Das werden die Leute wohl noch verdient haben.

Literarisches.

An was hat der heimkehrende Kriegsteilnehmer zu denken? Es gibt keinen deutschen Krieger, der überblickt und wissen kann, was nach seinen Verhältnissen für ihn mit der Rückkehr in Frage kommt. Zuviel Neues ist während seiner Abwesenheit entstanden und geordnet worden; an die nächstliegenden Dinge aus den Verhältnissen, wie sie bei ihm vor seinem Einrücken lagen, denkt er bei den vielen Sorgen des Alltags nicht. Der Heimkehrende braucht deshalb einen gründlichen Führer. Das ist das vorliegende Büchlein, welches den oben genannten Titel trägt, im wahrsten Sinne des Wortes. Er ist herausgegeben von J. Zehle, städtischer Direktor und Gemeindebevollmächtigter in München, unter Mitwirkung von berufenen Sachleuten.

Das Buch ist ein praktischer Wegweiser für den Kriegsteilnehmer zur Wiedereinführung ins bürgerliche Leben und zur Geltendmachung der Rechte und Ansprüche und ein vollständiges Auskunftsbuch auch für die amtlichen Stellen und Kriegswohlfahrtsvereinigungen. Es ist erstaunlich, wie es den Verfassern gelungen ist, in der Form eines Taschenbuches alles zu jagen, was der Kriegsteilnehmer zu wissen braucht, gleichviel ob er Offizier oder einfacher Mann ist, aktiv dient oder der Reserve, Landwehr oder dem Landsturm angehört, und zwar, was ihn insbesondere auch nach seinem Zivilberufe interessieren muß. Es findet der Berufssoldat, ebenso wie der als Soldat dienende Arbeiter, Angestellte, Beamte, Landwirt, Gewerbetreibende, Kaufmann, Industrielle, Student, Rechtsanwalt, Arzt, Haus- und Grundbesitzer, kurzum jeder Berufsstand all jenes gesagt, was bei der Rückkehr von ihm zu geschehen hat, wo und wie es zu erledigen ist. Dabei ist besonders wichtig, daß nicht — wie man es häufig findet — nur etwa die militärischen Versorgungsrechte behandelt sind. Alle Gebiete, die überhaupt in Frage kommen können, sind besprochen. Das Buch ist zu beziehen von allen Buchhandlungen und vom Bayerischen Kommunalchriften-Verlag, München, Arcisstr. 35.

„Arbeiter-Jugend.“ Die jochen erschienene Nr. 21 des zehnten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Die proletarische Jugendbewegung im Geschäftsjahr 1917/1918. (Schluß.) — Das Volkvermögen im Kriege. Von Max Sachs. — Wie ich zur Sozialdemokratie kam. Von P. Trimborn. — Unterwegs. Gedicht von Ludwig Leßen. — Gg. Engelbert Graf: Der Mensch der jüngeren Steinzeit. (Mit Abbildungen.) — Tene stille Stunden. Von Artur Weichold. — Blumen. — Aus der Jugendbewegung. — Aus der Praxis der Bewegung. — Zur wirtschaftlichen Lage. — Des Lehrlings Leidenschronik. — Die Gegner an der Arbeit.

Versammlungsberichte.

Berlin. Unsere Zahlstellenversammlung vom 21. September, die wieder einigermaßen gut besucht war, hörte den Vortrag des Kollegen Wollmann über: „Zweck und Ziele des Volksbundes für Freiheit und Vaterland“. Er führte aus: Was will nun der Volksbund? Er tritt zunächst ein für die schleunigste Herbeiführung eines Verständigungsfriedens, eines Friedens, der für alle Völker ehrenvoll ist. Er verlangt die allseitige Abstandnahme von allen gewalttätigen Eroberungen und Kriegsenttädligungen. Er verlangt weitgehendes Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Wahl ihrer Staats- und Regierungsform. Er verlangt Abstandnahme von irgendwelchen Wirtschaftskrieg nach dem Kriege und freien Verkehr zwischen allen Völkern. Er verlangt die Schaffung einer internationalen Rechtsorganisation der Völker zur Schlichtung aller Streitigkeiten und zur Vermeidung künftiger Kriege, und er verlangt Bestimmungen im Friedensvertrag über die schleunigste Durchführung einer Allgemeinen Abrüstung. Auf innerpolitischem Gebiete fordert der Volksbund die schnellste Durchführung der notwendigen Reformen, um die staatsbürgerliche Gleichberechtigung aller Volksschichten zu verwirklichen, vor allen Dingen die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts in Preußen ohne volksfeindliche Sicherungen sowie rücksichtslosen Kampf gegen die Wahlrechtsfeinde. Er verlangt engste Fühlungnahme der Regierung mit der Volksvertretung und Einfluß der Volksvertretung auf die Zusammenetzung der Regierung. Er will weiter die weitestgehende Beteiligung aller Glieder des Volkes an der Verwaltung im Reich, Staat und Gemeinde, Beseitigung aller Standesvorrechte bei der Besetzung von Beamtenstellen, Schaffung eines fortschrittlichen Arbeiter- und Beamtenrechts, Ausbau der Sozialgesetzgebung und freies Koalitionsrecht.

Weshalb die Generalkommission den Beitritt vollzog, ohne die Gewerkschaftsmitglieder zu befragen? Das ist geschehen in der wohlbe-

